

Fehlalarm bei Hessischem Rundfunk

FRANKFURT Der Fund eines verdächtigen Gegenstands hat am Donnerstagmorgen Aufregung im Hessischen Rundfunk hervorgerufen: In einem Büro wurde ein handgranatenähnlicher Gegenstand entdeckt. Die Polizei ließ daraufhin gegen 8 Uhr mehrere Gebäude räumen und sperrte den Bereich weiträumig ab. Bei der Begutachtung des verdächtigen Gegenstands durch Sprengstoffexperten stellte sich aber heraus, dass von diesem zu keiner Zeit Gefahr ausging.

Schnell konnten die Fachleute der Kriminalpolizei Entwarnung geben: Bei dem Fund handelte es sich um eine ungefährliche Filmrequisite, gefunden hatte man sie in einem Papierkorb. Am Dienstagmorgen war in der S- und U-Bahn-Station Hauptwache in der Frankfurter Innenstadt eine funktionstüchtige Handgranate entdeckt worden. Die Polizei veröffentlichte Bild- und Videoaufnahmen des mutmaßlichen Täters. Laut Staatsanwaltschaft sind bereits einige Hinweise eingegangen, die nun überprüft werden, eine „heiße Spur“ gebe es jedoch nicht.



Leser-Empfehlungen auf faz.net/rmz

NFL in Frankfurt

Was es alles Wichtiges zu den Football-Spielen zu wissen gibt

Gesundheit

Wie Kranke trotz Epilepsie ein Auto sicher steuern können

Skyline-Liveblog

Was in der Nacht und am Morgen in Rhein-Main und Hessen passiert ist

Palais für die Bürger

Das leer stehende Medico-Palais in Bad Soden soll zum Verwaltungszentrum werden. Die Entscheidung fällt im Dezember.

RHEIN-MAIN, SEITE 2

Jeder Tropfen zählt

Regen ist im Norden Kenias eine Seltenheit. Deshalb muss er effizient genutzt werden. Dabei helfen die Leser der F.A.Z. mit ihren Spenden.

DIE DREI, SEITE 3

Auch für die Konkurrenz

Werkstatt mit Gleisanschluss: Die Hessische Landesbahn investiert 110 Millionen Euro in den Bau einer neuen Wartungshalle in Butzbach.

WIRTSCHAFT, SEITE 6

Marburger Avantgarde

Vor 40 Jahren wurde das Theater neben dem Turm eröffnet. Bis heute hat es eine herausragende Stellung in der hessischen Bühnenlandschaft.

KULTUR, SEITE 12

Wetter

Anfangs stark bewölkt, später ab und zu Sonnenschein. Meist bleibt es trocken. Höchstwerte um 13 Grad.

Temperaturen Mittwoch	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	11°	15°
Feldberg im Taunus	6°	8°
Niederschlag Mittwoch 0 bis 24 Uhr	0,5 mm	
Flughafen Frankfurt	0,5 mm	

Digital Native

Wie heißt das Ding aus Papier, das an alle Mitschüler ausgehändigt wird? Der Zehntklässler nennt es „analoge Rundmail“.



Wohnen am Fluss: So könnte eine Bebauung des östlichen Gutleuthafens nach der Vorstellung eines Projektentwicklers aussehen.

Visualisierung Achilles Real Estate Development

Wer in Frankfurt auf der Gutleutstraße nach Westen fährt, gelangt in ein Gebiet, das von Industrie und Gewerbe geprägt ist. Dort befinden sich das Heizkraftwerk der Mainova und das Briefverteilzentrum der Post. Gerade wird ein Großmarkt gebaut, andere Grundstücke liegen brach. Aber es gibt auch den Sommerhoffpark, ein alternatives Kulturzentrum, ein Altenheim, Schulen und die 100 Jahre alte Wurzelsiedlung. Einen Hafen vermutet man dort nicht.

Er ist auch nicht so leicht zu finden. Von der Hirtenstraße führt ein versteckter Pfad zwischen zwei Lagerhallen hindurch zum Main. Ein Schild warnt vor der Hafentour, doch der Rost auf den Gleisen deutet darauf hin, dass hier schon lange kein Zug mehr gefahren ist. Das nur zwei Kilometer vom Hauptbahnhof entfernte Areal wirkt verlassen. Erst ein paar Hundert Meter weiter mainabwärts liegt ein Schiff an der Kaimauer, die die Stadt in den Sechzigerjahren anlegen ließ und die heute ein Sanierungsfall ist.

Die Situation soll nicht mehr lange so bleiben. Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) hat die Umwandlung des östlichen Hafengebiets in ein gemischtes Wohn- und Gewerbegebiet zu einem Arbeitsschwerpunkt erklärt. Erhalten bleiben sollen nur das Betonwerk Sehring und weitere westlich davon gelegene Betriebe. Neu sind die Pläne nicht. Schon seit 2010 wird darüber diskutiert. 2021 beschlossen die Stadtverordneten, einen Bebauungsplan aufzustellen. In einem nächsten Schritt sucht das Planungsdezernat mit einem städtebaulichen Wettbewerb konkrete Vorschläge. 2024 sollen Ergebnisse vorliegen, in drei bis vier Jahren soll der Bebauungsplan fertig werden. Einzelne Projekte könnten aber schon vorher genehmigt werden, so Gwechenberger.

Derzeit bekommt das Projekt eine neue Dynamik. Zum einen rückt die Wohnbebauung am Mainufer immer weiter nach Westen. In der Nähe des Mainova-Kraftwerks, direkt an der Eisenbahnbrücke, wurde im Sommer Richtfest gefeiert für zwei Wohntürme und ein großes Apartmenthaus. Ein Stück weiter

Hafen wird zu Wohngebiet

FRANKFURT Die seit Jahren diskutierten Pläne zur Umwandlung des Gutleuthafens in ein Wohnareal werden konkret. Für die dort ansässigen Gewerbebetriebe gibt es aber noch keine Lösung.

wurde kürzlich ein Neubau mit Eigentumswohnungen fertiggestellt. Aber auch die Aussicht auf eine verbesserte Verkehrsanbindung könnte das Neubaugebiet vorantreiben. Wegen der Baustelle für den geplanten Fernbahntunnel müssen auf der Südseite des Hauptbahnhofs die Straßenbahngleise weichen. Sie sollen in die Gutleutstraße verlegt werden. Damit würde die Bahn voraussichtlich einen Teil der von der Stadt seit Jahren geplanten Straßenbahnstrecke in das westliche Gutleutviertel mitfinanzieren.

Dort soll nach den Vorstellungen Gwechenbergers kein reines Wohnquartier entstehen, sondern ein gemischtes Gebiet, in dem auch Platz ist für nicht störendes Gewerbe. „Da lassen sich gute Lösungen finden“, sagte er der F.A.Z. Deshalb müssten die Betriebe im Gutleuthafen nicht unbedingt wegziehen. Auch gebe es Möglichkeiten nördlich der Gutleutstraße, wo sich der Planungsdezernent neben der gewerblichen Nutzung allenfalls Wohnungen für Auszubildende vorstellen kann.

Die für die Hafentriebe zuständige Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst (FDP) ist trotzdem in Sorge. „Ein Gewerbebetrieb lässt sich nicht so einfach

verlegen“, sagte sie. Zwar gebe es Gespräche, in denen sie auch Optionen im Osten und Norden der Stadt angeboten habe. „Viele Unternehmen wollen aber in der Nähe ihres heutigen Standorts bleiben.“ Die Vorstellung, Wohnungen und Gewerbe nebeneinander in einem gemischten Gebiet unterzubringen, hält sie für „romantisch“. Selbst bei einer Fahrradwerkstatt gebe es Beschwerden wegen des Lärms.

In der Immobilienbranche gibt es schon großes Interesse an den Hafengrundstücken. Der Architekt und Projektentwickler Heiko Achilles hat für das rund 32.000 Quadratmeter große Areal bereits eine Studie erstellt. Demnach könnten sechs Punkthäuser mit sieben bis zwölf Geschossen am Ufer sowie weitere Gebäude weiter nördlich entstehen. Insgesamt wäre Platz für rund 800 Wohnungen. „Es könnte ein sehr grünes Quartier werden“, sagte Achilles. Die Mainuferpromenade könnte bis zum Betonwerk fortgeführt werden. „Selbst ein Flussschwimmbad wäre hier denkbar.“ Achilles schlägt ein Konzeptverfahren vor, bei dem interessierte Investoren Entwürfe erarbeiten, die dann in einer projektbezogenen Partnerschaft mit der Stadt ver-



Quelle: Stadt Frankfurt/FA.Z.-Karte sie.

wirklicht werden. „Ein solches Verfahren hätte mehrere Vorteile gegenüber dem von der Stadt vorgesehenen Wettbewerb“, meint Achilles. „Es würde die Planungszeit um einige Jahre verkürzen.“

Interesse am Wohnungsbau hätten dem Vernehmen nach Eigentümer von Grundstücken nördlich der Gutleutstraße. Aus der Immobilienbranche kommt deshalb der Vorschlag eines vereinfachten Umlegungsverfahrens: Die privaten Eigentümer bekämen Grundstücke am Main, die Stadt im Gegenzug und mit Wertausgleich Flächen an der Gutleutstraße. Dort könnten dann, so der Vorschlag, Gewerbebetriebe entstehen und die Werner-von-Siemens-Schule neu gebaut werden. Das sanierungsbedürftige Schulgebäude schließt unmittelbar an das geplante Wohngebiet an. Gwechenberger lehnt einen Grundstückstausch ab. „Wir wollen am Ufer mit den Grundstücken arbeiten, die der Stadt gehören.“

Auch die Wurzelsiedlung beziehen die Stadt und private Entwickler in ihre Überlegungen ein. Sie ist relativ locker bebaut und könnte mit Neubauten ergänzt werden. Allerdings steht das gesamte Ensemble seit 2020 unter Denkmalschutz.

Stadtparlament fordert Schutz der Juden in Frankfurt

FRANKFURT Antrag verurteilt Gräueltaten der Hamas und hebt Verbindung zur Partnerstadt Tel Aviv hervor

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat sich am Donnerstag mit mehreren Resolutionen und einem Dringlichkeitsantrag zum terroristischen Überfall der Hamas auf Israel befasst. Grüne, CDU, SPD, FDP sowie Volt und damit drei Viertel der Stadtverordneten hatten sich auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt. Darin wird der Angriff als beispielloser Akt der Eskalation verurteilt, der durch nichts zu rechtfertigen sei. Konkret wird der Magistrat aufgefordert, weiterhin mit der Jüdischen Gemeinde im Austausch zu bleiben und sich bei Bedarf aktiv für notwendige Schutzmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen und Synagogen einzusetzen. Insbesondere bei einer erhöhten Bedrohungslage für die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, der in Frankfurt fast 7000 Menschen angehören.

„Die begangenen Gräueltaten sind abscheulich“, heißt es im Antragstext.

Die Verantwortung für die aktuelle Eskalation und ihre Folgen trage allein die Hamas. „Unsere Gedanken sind bei den Opfern, ihren Angehörigen und allen, die um Leib und Leben bangen.“ Unter dem Krieg leide zuallererst die Zivilbevölkerung in Israel, den palästinensischen Gebieten und Gaza, insbesondere Familien, Frauen und Kinder. „Die humanitäre Grundversorgung muss jederzeit sichergestellt sein“, lautet eine weitere Forderung.

Das Thema kam in der Sitzung mehrfach zur Sprache. Zu Beginn gedachten die Stadtverordneten der Opfer des terroristischen Überfalls. In der anschließenden Fragestunde erinnerte Bürgermeisterin und Integrationsdezernentin Nargess Eskandari-Grünberg (Die Grünen) an die von der Stadt eingegangene Verpflichtung, für die Sicherheit der Jüdischen Gemeinde zu sorgen. Die gesamte Stadtgesellschaft sei aufgerufen, sich

gegen Antisemitismus einzusetzen. Dafür müsse man die Präventionsarbeit an den Schulen fortsetzen. Sylvia Kunze (SPD) hatte gefragt, was die Stadt unternehme, um Aggressionen vorzubeugen.

Sichtlich bewegt sagte Manfred-Benedikt Schäfer (CDU) in einer aktuellen Stunde, wer Morde und Vergewaltigung auf der Straße feiere, habe in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Tina Zapf-Rodríguez forderte, es dürfe nicht wieder vorkommen, dass die Israel-fahne vom Rathaus Römer abgerissen werden könne. Dies war in der Nacht zum Sonntag passiert. Eine „Schande für uns“ nannte es FDP-Fraktionschef Yanki Pürsün, dass sich die Stimmung für manche Juden anfühle wie ein Pogrom.

In dem interfraktionellen Antrag wird an die seit 1980 bestehende enge Freundschaft und den intensiven Austausch mit der Partnerstadt Tel Aviv erinnert. Die

Stadt stehe solidarisch an der Seite Israels und der Partnerstadt. „Wir haben uns als Gesellschaft zum Schutz und der Sicherheit Israels verpflichtet“, heißt es weiter. Frankfurt beheimate eine der größten jüdischen Gemeinden Deutschlands. „Der Schutz jüdischer Menschen vor antisemitischer Gewalt ist daher auch hier vor Ort von besonders großer Bedeutung.“

Die große Stadtverordnetenmehrheit begrüßt mit dem Antrag, dass der Magistrat die „gewaltverherrlichenden, antisraelischen Demonstrationen“ in Frankfurt entschlossen verboten habe. Jegliche Rechtfertigung der Terrorangriffe habe in der Stadt keinen Platz. „Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werden wir auf unseren Straßen nicht dulden.“ Jede Form der Hetze und Gewalt werde die volle Härte der Gesetze und des Rechtsstaats zur Folge haben.

Das Stadtparlament erwarte, dass die Stadt nicht mit Organisationen zusammenarbeite oder solche fördere, die das Existenzrecht Israels infrage stellten.

Insgesamt lagen fünf Anträge und Resolutionen zu diesem Thema vor. In weiten Teilen gab es Übereinstimmungen. Im Ältestenausschuss direkt vor der Plenarsitzung machte Dominik Pauli lediglich deutlich, dass die Linke das Verbot der Demonstrationen in Frankfurt nicht gutheißt.

Dem interfraktionellen Antrag war die Mehrheit vor der Abstimmung im Plenum sicher, die zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch ausstand. Die übereinstimmenden Teile von Anträgen der CDU, die besonders die Hilfe für Tel Aviv in den Vordergrund stellte, sowie von Linken und Ökolinx sollten im Rahmen des interfraktionellen Antrags mit angenommen werden. Ein weiterer Antrag von BFF/BIG wurde abgelehnt. Die



Eine logische Entwicklung

Von Günter Murr

Stadtentwicklung läuft schon lange nach einem bestimmten Muster. Zentral gelegene Industrie- und Gewerbebetriebe weichen anderen Nutzungen, vor allem Wohnungen oder Büros. In Frankfurt zum Beispiel sind in den vergangenen Jahrzehnten neue Wohn- und Dienstleistungsquartiere im früheren Westhafen und auf dem ehemaligen Schlachthofareal entstanden. Auch in Offenbach wurde der Hafen umgewidmet.

Das hat mehrere Gründe. Wo produziert wird, gibt es Lärm und andere Emissionen, die in innenstadtnahen Vierteln stören. Betriebe können dort oft nicht expandieren. Hinzu kommt der Strukturwandel: War ein Anschluss an das Wasserstraßennetz früher ein bedeutender Standortfaktor für viele Wirtschaftszweige, setzen heute nur noch wenige Betriebe, vor allem im Rohstoffhandel, auf den Transport mit dem Schiff.

Deshalb ist der östliche Teil des Gutleuthafens in Frankfurt mittlerweile ziemlich verwaist. Der dortige Anlegeplatz wird nicht mehr genutzt, die ansässigen Gewerbebetriebe sind auf die Nähe zum Fluss nicht angewiesen. Gleichzeitig ist der Bedarf an Wohnraum groß, und gerade Wohnen am Fluss ist sehr beliebt. Deshalb ist es naheliegend, den gerade einmal zwei Kilometer vom Hauptbahnhof entfernten Gutleuthafen, ein Gebiet, das heute schon fast komplett versiegelt ist, neu zu entwickeln. Es handelt sich um die logische Fortsetzung der Bebauung, die am Westhafen und zuletzt am Sommerhoffpark entstanden ist. Die Wege zu den Arbeitsplätzen in der City sind kurz, eine neue Straßenbahnstrecke in der Gutleutstraße wird die Anbindung verbessern.

Dennoch dürfen die Interessen des Gewerbes nicht vergessen werden. Zwar soll nach der Vorstellung von Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) ein gemischtes Quartier entstehen, doch werden sich zwischen den Wohnungen allenfalls kleinere, nicht störende Betriebe unterbringen lassen. Ein guter Gedanke ist deshalb der Vorschlag aus der Immobilienbranche, Grundstücke zu tauschen und auf heute zum Teil brachliegenden Flächen nördlich der Gutleutstraße Handwerkerhöfe zu planen.

Allerdings braucht die Stadt auch Flächen für größere Betriebe. Diese müssen nicht Flächen belegen, die attraktiv für den Wohnungsbau sind, sondern können zum Beispiel auch am Stadtrand an einer Autobahn entstehen, wo die Verkehrsanbindung gut ist und Lärm nicht stört. Diese Flächen muss das Stadtparlament ausweisen – auch das ist eine logische Folge der Stadtentwicklung.